

Zeitarbeit entlastet Steuerzahler

Die vom DGB kolportierten Zahlen zu Lohnaufstockungen in der Branche enthalten nur die halbe Wahrheit und verschweigen wichtige Fakten.

28.02.2013 BAP, Berlin | „Es ist ärgerlich, wie der DGB zum wiederholten Mal versucht, Zahlen der Bundesagentur für Arbeit gegen die Zeitarbeit zu instrumentalisieren“, sagte Thomas Hetz, Hauptgeschäftsführer des Bundesarbeitgeberverbandes der Personaldienstleister (BAP), heute in Berlin. „Jetzt hat der Staat angeblich die Personaldienstleister mit Steuergeldern in Millionenhöhe ‚subventioniert‘. Richtig daran ist lediglich, dass tatsächlich 2011 rund 347 Millionen Euro als aufstockende Hartz IV-Leistungen an Bedarfsgemeinschaften, in denen mindestens ein Zeitarbeitnehmer lebt, gezahlt wurden. Dass gleichzeitig der Steuerzahler viel stärker durch die Zeitarbeit entlastet wurde, verschweigt der DGB wohlweislich.“

Die Entlastung durch die Zeitarbeit rechnet sich wie folgt: 2011 wurden 218.333 Personen, die entweder mehr als zwölf Monate arbeitsuchend oder noch nie in Beschäftigung waren und demnach vollständig auf staatliche Unterstützung durch Hartz IV angewiesen waren, von Zeitarbeitsunternehmen beschäftigt. Die durchschnittliche ALG II-Leistung lag 2011 inklusive einer Miete und sonstigen Zuschüssen bei 809 Euro. Wenn die genannten 218.333 Menschen lediglich einen einzigen Monat in der Zeitarbeit angestellt waren, ergibt das eine Entlastung von 176.631.397 Euro. Bei einer Beschäftigungsdauer von nur drei Monaten summiert sich dieser Betrag auf 529.894.191 Euro. Die durchschnittliche Verweildauer von Zeitarbeitnehmern wird nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit für 2011 auf 9,4 Monate geschätzt. Damit würde sich für jenes Jahr eine Gesamtentlastung von 1.660.335.131,80 Euro ergeben.

„Selbst wenn jetzt die aufstockenden Leistungen, die der DGB als Subventionen bezeichnet, wieder herausgerechnet würden, bliebe unter dem Strich eine deutliche Entlastung der Steuerzahler durch die Zeitarbeit“, betonte Hetz. „Dabei ist noch nicht einmal eingerechnet, dass der Staat Mehreinnahmen durch die Lohnsteuer der betroffenen Mitarbeiter und die Gewerbesteuern der Personaldienstleister hat. Ganz zu schweigen von den zusätzlichen Beiträgen für die Sozialkassen, die eine nicht unerhebliche Summe ausmachen. Der DGB macht also eine Milchmädchenrechnung auf, wenn er nur die Ausgaben plakativ und manipulativ in die Öffentlichkeit trägt, aber die Einnahmen und Einsparungen durch die Zeitarbeit wider besseres Wissen unterschlägt.“

